



## Newsletter #46 vom 10.05.2022

Русский перевод приводится ниже.

### Herzlich willkommen in Deutschland.

Mit diesem Newsletter möchten wir Menschen Informationen bieten, die in Folge des Krieges in der Ukraine im Kreis Lippe, Deutschland, Zuflucht gefunden haben und deren Angehörige, bzw. Menschen, welche die Betroffenen unterstützen. Wir werden hier regelmäßig berichten, was es an neuen Informationen gibt und was zu beachten ist. Dabei konzentrieren wir uns auf rechtliche Fragen, insbesondere zum Thema Aufenthalt, Arbeit und Soziales.

### Früherer Newsletter

Wenn Sie etwas in diesem Newsletter nicht verstehen, macht es Sinn, zuerst einer der alten Newsletter zu lesen, da dort einiges erklärt wird, was wir hier nicht wiederholen. Die alten Newsletter finden Sie auf der folgenden Internetseite: <https://www.diakonie-lippe.de/10197-0-58>



### Falsche Übersetzungen

Der Kreis Lippe hat einige Unterlagen (z.B. Datenschutzerklärung) in ukrainische Sprachen übersetzt. Leider sind einige der Dokumente falsch oder unvollständig übersetzt worden. Da man im Zweifelsfall den deutschen Text unterschreibt, sollte man anwesende Übersetzer bitten, beide Texte durchzulesen und mögliche Unstimmigkeiten klären. Wichtig dabei ist, wirklich den gesamten Text zu lesen, da teilweise nur wenige Worte falsch sind.

### Rechte und Pflichten bei Behördenbegleitung

Für die geflüchteten Menschen aus der Ukraine scheinen die Besuche bei unterschiedlichen Behörden in Deutschland kein Ende zu nehmen. Typisch ist, dass es für die Betroffenen kaum vorhersehbar ist, welche Verfahrensabläufe sie erwarten. So ist es im Vorfeld nur schwer abschätzbar, welche Bedeutung der Behördengang hat. Da man sich nur schwer darauf vorbereiten kann und es oft auch zu Sprachbarrieren kommt, sollte man andere Menschen um Begleitung bitten.

Doch dürfen Gastfamilien und andere ehrenamtlich tätige Menschen jedes Mal mit oder gibt es Grenzen? Und was darf eine Begleitperson bei einem Behördentermin eigentlich sagen? In dem heutigen Newsletter soll es um diese Fragen gehen.

Um eines gleich vorwegzunehmen: Keiner kann ehrenamtliche Kräfte verpflichten, irgendwie tätig zu werden. Ihnen steht es frei, Betroffene zu Behörden zu begleiten und wenn sie dieses tun, müssen sie auch keine Auskünfte erteilen oder können auch nicht verpflichtet werden, etwas zu übersetzen. Dies ist ein Hilfsangebot, welches man unterbreiten kann, aber sicherlich nicht muss. Auch ehrenamtlich tätige Dolmetscher können jederzeit, auch mitten im Gespräch, mit der Arbeit aufhören. Hiervon gibt es nur eine Ausnahme: Wer als Vormund oder als Betreuer verpflichtet wurde, muss bestimmten Mitwirkungspflichten nachkommen. Übrigens: Auch hauptamtlich tätige Personen, z.B. aus Beratungsstellen, können sich natürlich weigern, bestimmte Auskünfte zu erteilen oder zu übersetzen. Sie sind immer nur ihrer eigenen Organisation verpflichtet, nicht jedoch gegenüber den Behörden.

Es gibt zwar wenige gesetzliche Pflichten, dennoch sollten einige, grundlegende Sachen als Ehrenamtlicher selbstverständlich sein. Wenn man auf eine Frage keinen Rat weiß, sollte man nicht einfach raten, sondern sich an kompetente Stellen wenden, welche weiterhelfen. Das ist keine „Schande“, sondern zeichnet professionelle Hilfe aus. Vor jedem Behördengang sollte mit den Betroffenen klar und deutlich abgesprochen werden, was er sagen will und vor allem, was er nicht sagen will. Es sollte immer im Einflussbereich des Betroffenen liegen, was er preisgeben will. Sehen das die Ehrenamtlichen anders, sollten sie im Zweifelsfall das Gespräch nicht begleiten.

Auch muss man als Ehrenamtlicher aufpassen, dass man nicht gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz verstößt. Im Gesetz steht dazu: „Rechtsdienstleistung ist jede Tätigkeit in konkreten fremden Angelegenheiten, sobald sie eine rechtliche Prüfung des Einzelfalls erfordert“ (§ 2 Abs. 1 RDG). Was meint das nun genau? Sicherlich ist es Ehrenamtlichen erlaubt, intensive Schreib- und Lesehilfe zu geben. Wenn sie einen Brief übersetzen, muss dies nicht wortwörtlich passieren, es dürfen z.B. der dargestellte Sachverhalt und auch einzelne Paragraphen erklärt werden. Eine inhaltliche Prüfung des Schreibens ist Laien jedoch verboten. Auch beim Abfassen von Schreiben kann man den „einfachen Willen“ des Betroffenen in einen „Juristischen Text“ übersetzen, allerdings wäre auch hier eine Prüfung des Inhaltes eine Rechtsdienstleistung.

Klare Rechtsdienstleistung ist die Klärung von Rechtsfragen jeglicher Art gegenüber den Betroffenen und das Stellen von Anträgen bei Behörden und Gerichten im Namen des Betroffenen und die Vertretung vor diesen Institutionen. Dies ist allein Personen vorbehalten, welche ein Jurastudium mit dem 2. Staatsexamen abgeschlossen haben und Beratungsstellen, welche bestimmte Bedingungen erfüllen. Auch darf Rechtsdienstleistung im engsten Familien- und Freundeskreis gegeben werden, aber Vorsicht, die Grenzen sind hier wirklich eng zu ziehen. Bei Unsicherheiten lieber einen Profi fragen.

Ehrenamtliche sollten in den Gesprächen immer höflich und sachlich sein. Dies gilt umso mehr, wenn es auf Seiten der Behörden hieran mangelt. Sie müssen aber nicht die Behörden vor Vorträgen und emotionalen Berichten der Betroffenen schützen, wenn sich dieser damit nicht selbst gefährdet. Wenn Begleiter bei den Gesprächen merken, dass es nicht so abläuft, wie es im Vorfeld mit den Betroffenen abgesprochen wurde, sollte man eine Pause einfordern, in der man sich unter vier Augen noch einmal bespricht. Hilfreich ist es auch, um eine Vertragung des Gespräches zu bitten. Wenn ein Geflüchteter begleitet wird, sollte er während der ganzen Zeit nicht allein gelassen werden. Gerne nutzen Behörden diese Situationen, um bestimmte Fragen zu stellen, wo sie wissen, dass sie im Beisein der Begleitung eine andere Antwort erhalten hätten.

Bei keiner Behörde sollte ein Dokument unterschrieben werden, welches die Betroffenen nicht verstanden haben. Dabei ist es wichtig, nicht nur den groben Inhalt übersetzt zu bekommen,

vielmehr kommt es auf jedes Detail an. Begleiter sollten für den Betroffenen immer eine Kopie von den unterschriebenen Papieren verlangen, damit diese auch später erneut geprüft werden können.

Doch darf man als Ehrenamtlicher einfach so mitkommen oder darf die Behörde sagen, dass man vor der Tür warten muss? Jeder hat das Recht, bei jedem Behördengang mit einem Beistand zu erscheinen. Hiervon können in ganz wenigen Fällen nur Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht ausgenommen sein. Somit ist die Frage deutlich zu beantworten, dass Ehrenamtliche als Beistand in jeder Phase des Gespräches anwesend sein dürfen. Wie so oft im juristischen Bereich kommt es aber auf die richtige Formulierung an. Sagen Ehrenamtliche, sie wollen die Betroffenen „begleiten“, steht ihnen dieses Recht nicht zu. Es muss also deutlich formuliert werden, dass man ein Beistand im Sinne des § 14 VwVfG ist.

Als Beistand hat man das Recht, Akten und Schriftstücke mit dem Betroffenen zusammen einzusehen. Mit ihm gemeinsam darf man den Sachverhalt klären und Anträge stellen. Hier kommt es sehr auf die Wörter „mit ihm gemeinsam“ an, es ist verboten, all diese Sachen ohne den Betroffenen zu erledigen. Vielmehr muss der Betroffene immer unmittelbar anwesend sein. Allerdings muss keine gemeinsame Sprache gesprochen werden. Dies macht es für den Betroffenen somit auch schnell gefährlich. Widerspricht er seinem Beistand nicht sofort, gilt die Äußerung so, als ob der Betroffene es selbst gesagt hätte. Man kann sich später nicht darauf berufen, dass einem der Inhalt nicht bewusst gewesen sei.

Als Bevollmächtigter hat man viel weitreichendere Rechte. Hier kann man aktiv werden, auch wenn der Betroffene nicht unmittelbar dabei ist, und in der Regel kommunizieren Bevollmächtigte schriftlich mit den Behörden. Aber wichtig! Hier endet regelmäßig die Arbeit von Ehrenamtlichen und dieser Bereich ist den Profis überlassen! Wer den Inhalt der §§ 14 VwVfG und 6 RDG nicht verstanden hat (und aktuell nicht weiß, was das überhaupt ist), sollte sich nicht bevollmächtigen lassen.

Besondere Behörden sind Polizei und Staatsanwaltschaften. Hier ist immer zu unterscheiden, in welcher Form sie gerade tätig werden. Dabei wird zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den sonstigen behördlichen Aufgaben unterschieden. Muss ein geflüchteter Mensch zur Polizei, weil diese im Amtshilfeverfahren Fingerabdrücke für die Ausländerbehörde abnimmt, ist sie z.B. nicht als Strafverfolgungsbehörde tätig. Hier gelten dann dieselben Normen, wie in der oben beschriebenen Begleitung von Betroffenen, auch wenn die Polizei dies oft anders sieht. Ist sie jedoch als Strafverfolgungsbehörde aktiv, gibt es den Beistand nicht. Hier kann nur ein Verteidiger begleiten. In der Regel handelt es sich bei Verteidigern um Rechtsanwälte, jedoch kann es hiervon Ausnahmen geben, die jedoch recht schwierig zu erreichen sind und daher sollte man diesen Bereich den Profis überlassen. Das Gleiche gilt auch bei der Staatsanwaltschaft.

Auch bei Gerichten muss man unterscheiden, in welcher Funktion sie tätig sind. Fragt der Betroffene z.B. nach Prozesskostenhilfe oder Beratungshilfe, ist das Gericht auch nur eine „normale“ Behörde, bei welcher der Betroffene einen Beistand mitbringen darf. Geht es aber um ein Gerichtsverfahren sind in der Regel Juristen die richtigen Begleiter. Aber auch hier gibt es Ausnahmen: Viele Verfahren ermöglichen es mit Beistand zu erscheinen, was keine juristischen Profis sein müssen. Allerdings muss der Beistand regelmäßig vom Gericht zugelassen sein. Aber bei vielen Verfahren ist es möglich, als Zuschauer das Geschehen zu verfolgen.

Ehrenamtliche haben also im normalen Behördenverfahren viele Möglichkeiten, die Betroffenen zu begleiten. Das sollte auch regelmäßig erfolgen, denn oft sind die bei den Behörden anstehenden Verfahren recht kompliziert und zwei Menschen nehmen oft noch mehr wahr als eine Person. Dies sollte auch bei scheinbar einfachen Sachverhalten erfolgen, da Übung bekanntlich den Meister macht

und man nicht erst warten sollte, bis der Fall zu kompliziert wird. Aber eines ist immer zu beachten: Sobald auch nur der kleinste Zweifel besteht, sollte man immer einen Profi, wie einen Anwalt oder eine Beratungsstelle fragen.

### Hotline

Sie haben Fragen zu Ihrem Aufenthalt? Zum Sozialgeld? Zu anderen rechtlichen Fragen? Die Flüchtlingshilfe Lippe e.V. ist eine Beratungsstelle, die unabhängig von den deutschen Behörden ist. Sie müssen also keine Angst haben, dass Ihre Fragen die deutschen Behörden erreicht. Das Angebot ist dazu noch kostenlos.

Sie erreichen uns

Montags von 11:00 - 12:00 Uhr, mittwochs von 9:00 - 10:00 Uhr und freitags von 11:00 - 12:00 Uhr unter der Telefonnummer 0151 - 41 98 87 66. Gerne können Sie uns auch eine E-Mail schreiben:

[ukraine@fh-l.org](mailto:ukraine@fh-l.org). Für den Erhalt unseres Newsletters melden Sie sich hier an:

<https://www.diakonielippe.de/10197-0-58>.



### Wichtig!

Es kann sein, dass die Informationen, die wir Ihnen hier geben, morgen bereits veraltet sind. Bitte lesen Sie daher regelmäßig unseren Newsletter.

V.i.S.d.P.: Frank Gockel, Flüchtlingshilfe Lippe e.V., Lemgoer Str.2, 32756 Detmold

## Информационный бюллетень #46 от 10.05.2022

### Добро пожаловать в Германию.

Этим бюллетенем мы хотели бы предложить информацию людям, которые нашли убежище в районе Липпе, Германия, в результате войны в Украине, а также их родственникам или людям, которые поддерживают пострадавших. Мы будем регулярно сообщать здесь о том, какая новая информация появилась и что необходимо принять во внимание. Мы сосредоточимся на юридических вопросах, особенно на вопросах проживания, работы и социальных вопросах.

### Предыдущая рассылка

Если вам что-то непонятно в этом бюллетене, имеет смысл сначала прочитать один из старых бюллетеней, так как там объясняются некоторые вещи, которые мы не повторяем здесь. Вы можете найти старые информационные бюллетени на сайте: [https://www.diakonie-lippe.de/10197-0-58](https://www.diakonielippe.de/10197-0-58)



### Неправильные переводы

Район Липпе перевел некоторые документы (например, заявление о конфиденциальности) на украинский язык. К сожалению, некоторые документы были переведены неправильно или неполно. Поскольку в случае сомнений подписывается немецкий текст, следует попросить присутствующих переводчиков прочитать оба текста и прояснить возможные расхождения. Важно прочитать весь текст, так как иногда неправильно написаны всего несколько слов.

### Права и обязанности при сопровождении представителей власти

Для беженцев из Украины визиты в различные инстанции в Германии кажутся бесконечными. Характерно, что они практически не могут предсказать, какие процессуальные действия их ожидают. Поэтому трудно заранее оценить, с какой целью будет тот или иной визит к властям. Поскольку к этому трудно подготовиться и часто существует языковой барьер, рекомендуется попросить других людей сопровождать вас.

Но могут ли принимающие семьи и другие добровольцы сопровождать людей каждый раз, или есть ограничения? А что на самом деле разрешено говорить сопровождающему лицу на официальном приеме? Сегодняшняя рассылка посвящена этим вопросам.

Позвольте мне сразу сказать одну вещь: Никто не может обязать добровольцев проявлять какую-либо активность. Они могут свободно сопровождать пострадавших лиц в органы власти, и если они это делают, они не обязаны предоставлять информацию и не могут быть обязаны что-либо переводить. Это предложение помощи, которое может быть сделано, но, конечно, не обязательно. Переводчики-волонтеры также могут прекратить работу в любой момент, даже в середине разговора. Из этого есть только одно исключение: любой человек, назначенный в качестве опекуна или попечителя, должен выполнять определенные обязанности по сотрудничеству. Кстати: Даже штатные сотрудники, например, из консультационных центров, могут, конечно, отказаться предоставлять определенную информацию или переводить. Они всегда обязаны только перед своей организацией, а не перед властями.

Хотя юридических обязательств немного, некоторые основные вещи должны быть само собой разумеющимися в качестве добровольца. Если вы не знаете, как ответить на тот или иной вопрос, не стоит просто гадать, а следует обратиться к компетентным органам, которые могут помочь. Это не является чем-то постыдным, это - признак профессиональной помощи. Перед обращением в органы власти следует четко договориться с заинтересованным лицом о том, что он хочет сказать и, прежде всего, о том, чего он не хочет говорить. Заинтересованное лицо должно решать всегда лично, что он или она хочет раскрыть. Если добровольцы видят это по-другому, лучше будет не сопровождать разговор, если есть сомнения.

Добровольцы также должны быть осторожны, чтобы не нарушить Закон о юридических услугах. Закон гласит: "Юридические услуги - это любая деятельность по конкретным вопросам третьих лиц, как только она требует правовой экспертизы индивидуального случая" (§ 2 абз. 1 RDG). Что это значит? Конечно, волонтерам разрешено оказывать интенсивную помощь в письме и чтении. Если они переводят письмо, это не обязательно должно быть слово в слово;

например, можно пояснить изложенные факты, а также отдельные абзацы. Однако непрофессионалам не разрешается проверять содержание письма. При составлении писем "простая воля" заинтересованного лица также может быть переведена в "юридический текст", но и здесь экспертиза содержания будет являться юридической услугой.

Четкая юридическая услуга - это разъяснение правовых вопросов любого рода по отношению к заинтересованному лицу, подача заявлений в органы власти и суды от имени заинтересованного лица и представительство в этих учреждениях. Это право сохраняется только за лицами, получившими диплом юриста, сдавшими 2 государственных экзамена, а также консультационными центрами, выполняющими определенные условия. Юридические услуги могут также предоставляться близким родственникам и друзьям, но будьте осторожны, границы здесь очень жесткие. Если вы не уверены, лучше обратиться к профессионалу.

Добровольцы должны всегда быть вежливыми и объективными в дискуссиях. Это тем более актуально в случае отсутствия такового со стороны властей. Однако они не обязаны защищать власти от пречитаний и эмоциональных речей заинтересованного лица, если это не угрожает ему самому. Если во время беседы компаньоны замечают, что дела идут не так, как было заранее оговорено с пострадавшим человеком, они должны попросить перерыв, во время которого они смогут еще раз все обсудить наедине. Также полезно попросить заключить договор на проведение беседы. Если беженца сопровождают, он не должен оставаться один в течение всего времени. Представители власти любят использовать такие ситуации, чтобы задать определенные вопросы, на которые в присутствии сопровождающего они получили бы другой ответ.

Ни один орган не должен подписывать документ, который не поняли заинтересованные лица. Важно, чтобы переводилось не только основное содержание, но и каждая деталь.

Сопровождающие лица всегда должны просить копию подписанных бумаг для соответствующего лица, чтобы впоследствии их можно было проверить еще раз.

И все же разрешено ли волонтеру просто прийти или власти могут сказать, что вы должны ждать за дверью? Каждый имеет право являться с помощником при каждом посещении органов власти. В очень редких случаях это не будет касаться полиции, прокуратуры и суда. Таким образом, ответ является четким - добровольцам разрешено присутствовать в качестве сопровождающего на каждом этапе собеседования. Однако, как это часто бывает в юридической сфере, все зависит от правильной формулировки. Если добровольцы говорят, что хотят "сопровождать" соответствующего человека, у них нет такого права. Поэтому необходимо четко сформулировать, что человек является советником в смысле § 14 VwVfG.

Как советник, он имеет право знакомиться с делами и документами вместе с заинтересованным лицом. Вместе с заинтересованным лицом можно выяснить обстоятельства дела и подать заявления. Слова "вместе с ним" здесь очень важны; запрещено делать все эти вещи без соответствующего человека. Скорее, заинтересованное лицо должно всегда непосредственно присутствовать. Однако нет необходимости говорить на одном языке. Таким образом, это также делает его быстро опасным для человека. Если он или она немедленно не возражает своему советнику, то считается, что заявление было сделано так, как если бы заинтересованное лицо сказало его само. После этого уже нельзя утверждать, что человек не знал о содержании.

Как доверенное лицо, вы имеете гораздо более широкие права. Здесь вы можете предпринять действия, даже если заинтересованное лицо не присутствует непосредственно, и, как правило, уполномоченные представители общаются с властями в письменном виде. Но! На этом работа волонтеров обычно заканчивается, и эта область остается за профессионалами! Тот, кто не

понял содержание §§ 14 VwVfG и 6 RDG (а в настоящее время вообще не знает, что это такое), не должен получать разрешение.

Специальные органы - это полиция и прокуратура. Здесь всегда следует различать, в какой форме они действуют в настоящее время. Проводится различие между правоохранными органами и другими официальными обязанностями. Если беженец вынужден обратиться в полицию, потому что они снимают отпечатки пальцев для органа по делам иностранцев в рамках процедуры административной помощи, они не действуют, например, как правоохранные органы. В этом случае действуют те же стандарты, что и при сопровождении беженцев, описанные выше, даже если полиция часто воспринимает это иначе. Однако если он действует в качестве органа прокуратуры, то правила другие. Здесь сопровождать может только адвокат защиты. Как правило, защитниками являются адвокаты, но могут быть и исключения, но до них довольно трудно добраться, поэтому эту область следует оставить профессионалам. То же самое относится и к прокуратуре.

В отношении судов также необходимо различать, в какой функции они активны. Если заинтересованное лицо просит, например, о юридической или консультационной помощи, суд также является просто "обычным" органом, куда заинтересованное лицо может привести консультанта. Однако когда дело доходит до судебного разбирательства, должны уже присутствовать только адвокаты. Но даже здесь есть исключения: Многие процессы позволяют человеку выступать с адвокатом, который не обязательно должен быть профессионалом в области права. Однако адвокат должен регулярно утверждаться судом. Но во многих процессах можно следить за ходом процесса в качестве зрителя.

Поэтому у добровольцев есть много возможностей сопровождать пострадавших в обычных разбирательствах с властями. Это также следует делать регулярно, поскольку зачастую разбирательства в органах власти довольно сложны, и два человека часто воспринимаются лучше, чем один. Это следует делать и в простых, на первый взгляд, вопросах, поскольку практика помогает совершенствоваться, и не стоит ждать, пока дело станет слишком сложным. Но всегда следует помнить об одном: При возникновении малейших сомнений всегда следует обратиться к профессионалу, например, к юристу или в консультационный центр.

### Горячая линия

У вас есть вопросы по поводу вашего пребывания? О социальных пособиях? О других юридических вопросах? Flüchtlingshilfe Lippe e.V. - это независимый от немецких властей консультационный центр. Поэтому вы можете не бояться, что ваши вопросы дойдут до немецких властей. Услуга также предоставляется бесплатно.

Вы можете связаться с нами

По понедельникам с 11:00 до 12:00, по средам с 9:00 до 10:00 и по пятницам с 11:00 до 12:00 по телефону 0151 - 41 98 87 66. Вы также можете написать нам по электронной почте:

[ukraine@fh-l.org](mailto:ukraine@fh-l.org) Чтобы получать нашу рассылку, подпишитесь здесь:

<https://www.diakonielippe.de/10197-0-58>



**Важно!** Возможно, что информация, которую мы вам здесь предоставим, завтра уже будет неактуальной. Поэтому, пожалуйста, регулярно читайте наш информационный бюллетень.